

BMFSFJ Internetredaktion

Pressemitteilung Nr. 324/2005

Veröffentlicht am 16.02.2005

Thema: Kinder und Jugend

"Kinder sind unser gesellschaftliches Vermögen". Bundesministerin Renate Schmidt legt Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland vor.

Das Bundeskabinett hat heute den Nationalen Aktionsplan (NAP) "Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010" beschlossen. Der Aktionsplan, den die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt vorgelegt hat, setzt einen Beschluss des UN-Weltkindergipfels aus dem Jahr 2002 um. Er wurde unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erarbeitet und schreibt die Fortentwicklung der Rechte und Lebensbedingungen von Kindern in Deutschland fest.

"Wir wollen, dass Deutschland bei der Kinder- und Familienfreundlichkeit bis zum Jahr 2010 zur Spitze Europas aufschließt. Der Nationale Aktionsplan ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg. Er ist ein Leitfaden, um Deutschland kindergerecht zu gestalten. Kinder sind unser gesellschaftliches Vermögen, sie brauchen die bestmöglichen Bedingungen beim Aufwachsen", erklärte Bundesministerin Renate Schmidt. Heute fällt auch der Startschuss für die Internetseite www.kinderministerium.de <<http://www.kinderministerium.de>> des Bundesministeriums, auf der sich alle Kinder über den Aktionsplan und über die Rechte der Kinder informieren können.

Der Nationale Aktionsplan führt auf, mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung in den zurückliegenden Jahren die Lebens- und Entwicklungschancen von Kindern und ihren Familien verbessert hat und welche weiteren Initiativen die Bundesregierung anstrebt und anregt. Er wurde vom Bund unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Länder und Kommunen, der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, von Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft sowie mit Kindern und Jugendlichen erarbeitet. Der Nationale Aktionsplan wird bei der

Umsetzung durch ein Monitoringverfahren unter Einbeziehung der politischen und gesellschaftlichen Partner und von jungen Menschen flankiert.

Der Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland umfasst sechs Handlungsfelder:

1. Chancengerechtigkeit durch Bildung

Gerechte Chancen in der Bildung sind die wichtigste Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Land. Der soziale Hintergrund von Kindern bestimmt in Deutschland aber in erheblichem Ausmaß den Bildungserfolg und damit die Chancen von Kindern in ihrem weiteren Leben. Bildungspolitik, Fachkräfte, Verbände und Familien müssen zusammenwirken, um den gleichen Zugang zu Bildung zu ermöglichen; die mangelnde individuelle Förderung im Bildungssystem gilt es zu überwinden.

Die Bundesregierung sieht Bildung, Erziehung und Betreuung als Einheit. Eine qualitativ hochwertige Förderung von Kindern muss vor dem Schulbeginn ansetzen. Dazu braucht es verbindliche Qualitätsstandards in Kindertagesstätten und eine gute Ausbildung der Fachkräfte. Dazu braucht es auch eine engere und verbindliche Zusammenarbeit mit den Eltern. Die Bundesregierung setzt sich bei den Ländern dafür ein, dass die Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern unter Beibehaltung ihres Praxisbezugs erweitert und verbreitert und dadurch aufgewertet wird. Die Familie ist und bleibt der erste und wichtigste Ort für die frühkindliche Förderung. Mit einer nachhaltigen Familienpolitik will die Bundesregierung Familien stärken. Voraussetzung für eine gute Vereinbarkeit und eine frühe Förderung - insbesondere für Kinder aus schwierigem sozialem Umfeld und für Kinder mit Migrationshintergrund - ist ein gutes Angebot an Kinderbetreuung. Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen durch das Tagesbetreuungsbaugesetz, das seit Anfang 2005 in Kraft ist. Für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt arbeitet die Bundesregierung eng mit Wirtschaft und Gewerkschaften zusammen: Auf Bundesebene in der "Allianz für die Familie", in den Kommunen im Rahmen der Bundesinitiative "Lokale Bündnisse für Familie"

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/familie,did=13662.html>.

Mit den beiden großen christlichen Kirchen hat Bundesministerin Renate Schmidt kürzlich die Initiative "Verantwortung Erziehung" gestartet.

2. Aufwachsen ohne Gewalt

Die Bundesregierung räumt dem Schutz von Kindern und der Bekämpfung von Gewalt oberste Priorität ein. Sie hat den strafrechtlichen Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung und die Prävention von Gewalt verbessert sowie die gewaltfreie Erziehung als Leitbild gesetzlich verankert. Die Bundesregierung fördert Modellprojekte zur flächendeckenden Einführung von Familienbildungsprogrammen, die Eltern hinsichtlich gewaltfreier Erziehungsmethoden aufklären und schulen. Ziel ist ferner, dass Länder und Gemeinden ausreichende Familienbildungs- und Beratungsangebote niedrigschwellig anbieten.

3. Förderung eines gesunden Lebens und gesunder Umweltbedingungen

Die Bundesregierung hat einen Schwerpunkt auf die Vermeidung neuer gesundheitlicher Risiken und auf die Förderung eines gesunden Lebens und gesunder Umweltbedingungen gesetzt. So sollen die ganzheitliche und interdisziplinäre Gesundheitsförderung und die kinder- und jugendspezifische Behandlung gestärkt werden. Die Bundesregierung hält eine kontinuierliche Gesundheitsberichterstattung im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit für erforderlich.

4. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, ihre Interessen überall dort einzubringen, wo es um ihre Belange geht. Die Bundesregierung sieht die Teilhabe junger Menschen als ein tragendes Element in Gesellschaft und Politik. Sie setzt sich dafür ein, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen in Bund, Ländern und Gemeinden verbindlich zu regeln. Kinder- und Beteiligungsrechte sollen in Bildungs- und Erziehungsplänen, Ausbildungs- und Studienordnungen und in spezifischen Weiterbildungsangeboten für einschlägige Fachkräfte verankert werden.

Die Bundesregierung gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Beteiligung. So haben junge Menschen an dem Nationalen Aktionsplan mitgewirkt und ihre Forderungen formuliert. Sie werden in den Monitoringprozess einbezogen. Die

Partizipation wird gefördert durch das "Projekt P" <<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/kinder-und-jugend,did=17694.html>>, das das Bundesministerium gemeinsam mit dem Deutschen Bundesjugendring und der Bundeszentrale für politische Bildung initiiert hat. Mit dieser Initiative, die bis 2006 läuft und an der sich bereits über 6.000 Jugendliche in etwa 200 Projekten beteiligen, wird das politische Engagement von Kindern und Jugendlichen in ganz Deutschland gestärkt.

5. Entwicklung eines angemessenen Lebensstandards für alle Kinder

Die materiellen Bedingungen, unter denen Kinder in der Bundesrepublik Deutschland aufwachsen, sind im internationalen Vergleich gut und liegen jenseits von existenzieller Armut. Gleichwohl gibt es auch in Deutschland Kinder- und Familienarmut. Der Kinderzuschlag unterstützt als Instrument seit dem 1. Januar 2005 Eltern mit geringem Einkommen, damit sie nicht wegen ihrer Kinder auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Dieses Instrument wird im Sommer 2005 nach Erfahrungen aus der Praxis evaluiert und weiterentwickelt. Armut hat viele Ursachen: Schlechte Bildung, geringes Einkommen, schlechte Gesundheitsbedingungen und mangelhafte wirtschaftliche Fähigkeiten greifen meist ineinander. Deshalb nimmt die Bundesregierung die gesamte Lebenssituation von Kindern und ihren Familien in den Blick und unterstützt sie beim Zugang zu Erwerbsarbeit, zu Kinderbetreuung, zu Bildung und zu finanzieller Allgemeinbildung und bei der Erziehungs- und Haushaltskompetenz. Sie setzt sich darüber hinaus bei den Ländern und Gemeinden für den Ausbau von Angeboten der Eltern- und Familienbildung bis hin zur Schuldner- und Insolvenzberatung ein.

6. Internationale Verpflichtung

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, sich nicht nur im eigenen Land, sondern weltweit für Kinder und Jugendliche zu engagieren. Als wichtigste Verpflichtung betrachtet die Bundesregierung die signifikante Reduzierung von Armut. Das "Aktionsprogramm 2015" stellt dabei einen zentralen Beitrag zur globalen Armutsbekämpfung dar.

Den Nationale Aktionsplan (NAP) "Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010" finden Sie hier

<<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=24416.html>>.

Die Internetseite des Bundesministeriums für Kinder unter www.kinder-ministerium.de <<http://www.kinder-ministerium.de>> richtet sich insbesondere an Kinder im Alter zwischen acht und zwölf Jahren. Kinder finden dort Informationen über Kinderrechte, über Familienpolitik, über Beteiligungsmöglichkeiten und andere Themen in kindgerechter Sprache und kindgerechter Aufmachung.

Anlagen:

[PDF] Kurzfassung des Nationalen Aktionsplan (NAP) "Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010"

<<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/nationaler-aktionsplan-kindergerechtes-deutschland,property=pdf.pdf>>
(31 kB)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

E-mail: poststelle@bmfsfj.de <<mailto:poststelle@bmfsfj.de>>

Internet: <http://www.bmfsfj.de> <<http://www.bmfsfj.de>>